

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

**Erreichung von Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen
sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten**

Drucksache 19/1350 (B.23 a) – Schlussbericht

Der Regierende Bürgermeister
- Senatskanzlei -
ZS B 1

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

M i t t e i l u n g

- Zur Kenntnisnahme -

über die Erreichung von Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -
vereinfachungen sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten

- Drucksache Nr. 19/1350 (B.23 a)
- Schlussbericht -

Der Regierende Bürgermeister von Berlin - Senatskanzlei - legt nachstehende Mitteilung
dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Vorgang: 40. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 14.12.2023
Auflagenbeschluss Drucksache 19/1350 (B. 23 a)

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 14.12.2023 Folgendes beschlossen:

„Die Senatsverwaltungen sollen jährlich - jeweils zum Stichtag 31. Dezember - darüber
berichten, welche Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen, Ablaufvereinfachungen
durch die Umsetzungen welcher Maßnahmen im jeweiligen Kalenderjahr in ihrem
Zuständigkeitsbereich erreicht wurden. Dem Abgeordnetenhaus ist jährlich zum 30. März
zu berichten. Gleichzeitig soll in diesem Bericht über den Stand der Umsetzung von
Digitalisierungsprojekten und den Mittelabfluss in der MG 32 berichtet werden.“

Ansätze:

Kapitel 0300, Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement

Abgelaufenes Haushaltsjahr:	809.000 €
Laufendes Haushaltsjahr:	910.000 €
Kommendes Haushaltsjahr:	1.310.000 €
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	474.268,74 €
Verfügungsbeschränkungen:	0 €
Aktuelles Ist (26.8.2024):	246.896,53 €

Kapitel 0300, Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln

Abgelaufenes Haushaltsjahr:	47.000 €
Laufendes Haushaltsjahr:	10.000 €
Kommendes Haushaltsjahr:	10.000 €
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	0 €
Verfügungsbeschränkungen:	0 €
Aktuelles Ist (26.8.2024):	0 €

Kapitel 0300, Titel 51136 – Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT

Abgelaufenes Haushaltsjahr:	1.000 €
Laufendes Haushaltsjahr:	1.000 €
Kommendes Haushaltsjahr:	1.000 €
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	0 €
Verfügungsbeschränkungen:	0 €
Aktuelles Ist (26.8.2024):	0 €

Kapitel 0300, Titel 51168 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT

Abgelaufenes Haushaltsjahr:	4.000 €
Laufendes Haushaltsjahr:	4.000 €
Kommendes Haushaltsjahr:	4.000 €
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	876,04 €
Verfügungsbeschränkungen:	0 €
Aktuelles Ist (26.8.2024):	18.45,61 €

Kapitel 0300, Titel 51170 – Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT

Abgelaufenes Haushaltsjahr:	2.500 €
Laufendes Haushaltsjahr:	1.000 €
Kommendes Haushaltsjahr:	1.000 €
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	381,60 €
Verfügungsbeschränkungen:	0 €

Aktuelles Ist (26.8.2024):

190,80 €

Kapitel 0300, Titel 51185 - Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Abgelaufenes Haushaltsjahr:	5.239.000 €
Laufendes Haushaltsjahr:	5.587.000 €
Kommendes Haushaltsjahr:	5.687.000 €
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	4.768.176,23 €
Verfügungsbeschränkungen:	0 €
Aktuelles Ist (26.8.2024):	2.449.383,17 €

Kapitel 0300, Titel 52536 - Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT

Abgelaufenes Haushaltsjahr:	35.000 €
Laufendes Haushaltsjahr:	37.500 €
Kommendes Haushaltsjahr:	37.500 €
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	13.601,00 €
Verfügungsbeschränkungen:	0 €
Aktuelles Ist (26.8.2024):	12.093,00 €

Hierzu wird berichtet:

Im Rahmen der Digitalisierung interner Verwaltungsleistungen standen die Prüfung der bestehenden Prozesse sowie die Betrachtung der Schnittstellen mit anderen Prozessen im Vordergrund. Des Weiteren erfolgte die Identifikation von Optimierungspotenzialen im Bereich der internen Antragsstellung.

Mit Unterstützung externer Beratungsdienstleister wurden Geschäftsprozesse u. a. zu den Themen Beantragung von Abwesenheiten und Inventarisierung von Informations- und Kommunikationstechnik analysiert und optimiert. Die Überführung dieser Prozesse in digitale Angebote für die Beschäftigten der Senatskanzlei ist in 2023 gestartet und wird fortgesetzt.

Zudem wurden im Kontext der Standardisierung und Digitalisierung von internen Prozessen alle vorbereitenden konzeptionellen, organisatorischen bzw. technischen Arbeiten zur Einführung einer digitalen Urlaubskarte abgeschlossen. Der produktive Einsatz ist im ersten Quartal 2024 gestartet.

Ein zweites größeres Digitalisierungsprojekt war die Digitalisierung der Prozesse im Bereich der Informationstechnik. Hier vorrangig die Verwaltung von Informations- und Kommunikationstechnik. Ziel ist die zentrale papierlose Ausgabe und Rücknahme von Informationstechnik auf Basis einer einheitlichen Inventarisierungsdatenbank. Im Zuge des Projektes fand in 2023 die Aufnahme der technischen und vor allem organisatorischen

Anforderungen des Fachreferats statt, auf deren Basis die Konzeption abgeschlossen und die Entwicklung begonnen wurde. Das Projekt wird voraussichtlich in 2024 abgeschlossen.

Zu den einzelnen (Teil-)Ansätzen wird wie folgt berichtet:

Zu Titel 54002 - Personal- und Organisationsmanagement:

Zielorientierte und evidenzbasierte Verwaltungssteuerung erfordert einen souveränen Umgang mit Daten (fundiertes Datenmanagement und Monitoring). Die Datenkompetenz in der Berliner Verwaltung soll weiter ausgebaut werden. Dazu wird die Vereinbarung der Senatskanzlei mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zur Beratung und Unterstützung der Berliner Verwaltung bei der Datenaufbereitung sowie der -pflege, bei Befragungen und beim datengestützten Monitoring fortgeführt. Im Rahmen dessen wird die Dashboard-Anwendung D:ASH für die Steuerung der Verwaltung mit dem Instrument der gesamtstädtischen Zielvereinbarungen weiter ausgebaut. Die Kosten 2023 konnten unter dem höheren Planansatz des Jahres 2020/2021 bleiben.

Aktuell werden Themenfelder aus den Bereichen Skzl - V D (Monitoring-Stelle Bürgerdienste), SenWiEnBe, SenBJF, SenKultGZ, SenASGIVA, SenInnSport und aus allen Bezirken beim Auf- und Ausbau der Datenkompetenz unterstützt. Weitere Themenfelder sind in Planung.“

Zu Titel 51135 - Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Berlin:

Im Rahmen der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nach dem EGovernment-Gesetz Berlin wurde ein Projekt zur Digitalisierung der Ehrenamtskarte durch den fachlichen zuständigen Bereich initiiert. Nach der Wiederholungswahl ist das Ressort zur damaligen Senatsverwaltung für Kultur und Europa gewechselt. Das Projekt ist im Rahmen der Neuressortierung mit umgezogen. Falls Unterstützungs- bzw. Beratungsleistungen unter Beteiligung externe Partner stattgefunden haben, sind die Kosten bei der Senatsverwaltung für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt angefallen.

Zu Titel 51136 - Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT:

Von dem Ansatz in Höhe von 1.000 € in 2023 wurden keine Mittel verausgabt, weil kein Bedarf bestand.

Zu Titel 51168 -Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT:

Von dem Ansatz in Höhe von 4.000 € in 2023 wurden 876 € verausgabt, weil weniger Bedarf bestand.

Zu Titel 51170 - Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT:

Aus dem Titel werden die Kosten in Höhe für weitere Zugänge zum Beschäftigtenportal getragen. In 2023 betrugen die Kosten 318 €, sodass der Ansatz von 2.500 € nicht ausgeschöpft wurde.

Zu Titel 51185 Teilansatz 1 - Dienstleistungen des ITDZ für das SIKOK-Fachverfahren:

Das Fachverfahren befindet sich seit 2008 im Regelbetrieb und wird Ende August 2024 auf eine neue Version (VIS-E-Akte 6.4) migriert werden. Damit werden die Anforderungen aus dem IKT-Architekturboard, Version 1.9.5, erfüllt; das Fachverfahren ist auch Windows 11-fähig.

Zum Thema Prozessoptimierung kann berichtet werden, dass bereits seit der 17. Wahlperiode keine papiergebundenen Sitzungsakten mehr für den Senat vorhanden sind. Allerdings konnte bisher auf Grund fehlender Ressourcen bei einem externen Dienstleister die elektronische Aussonderung für das Fachverfahren SIDOK noch nicht implementiert werden.

Es sind Mehrausgaben in Höhe von 96.180,02 € entstanden, weil das „Projekt Versionswechsel SIDOK 6.4. mit erheblichem Zeitverzug durch das ITDZ beauftragt worden ist. Die umfangreichen Entwicklungsarbeiten des externen Dienstleisters zur Anhebung des SIDOK-Datenbank-AddOn konnten somit erst 6 Monate später als geplant, im September 2022 begonnen werden und haben ca. 2 Monate länger als ursprünglich angestrebt bis zur Auslieferung im November 2023 gedauert. Weitere Mehrausgaben haben sich durch unabweisbare Systemanpassungen ergeben (Ablösen Access-Datenbank und Implementieren Prozess Petitionen ins Fachverfahren SIDOK).

Zu Titel 51185 Teilansatz 2 - Betrieb Berlin.de:

Zum 1.1.2022 wurde ein neuer Betriebsvertrag zwischen dem Land Berlin und der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co.KG geschlossen. Neben dem reinen Betrieb und der Wartung des Hauptstadtportals Berlin.de wurden Modernisierungsmaßnahmen vereinbart, die zur Verbesserung des Serviceangebots beitragen.

Die Ausgaben für den Betrieb und die Modernisierung von Berlin.de konnten sehr genau kalkuliert werden, sodass in 2023 der Ansatz in Höhe von 3.835.000 € zu 94 % (3.615.332 €) ausgeschöpft wurde.

Zu Titel 51185 Teilansatz 3 - Veranstaltungssoftware für die Räumlichkeiten des Berliner Rathauses:

Die Veranstaltungssoftware wird für die Buchung der Veranstaltungssäle und Räume für die Veranstaltungen des Regierenden Bürgermeisters und besonderen Veranstaltungen im öffentlichen Interesse des Landes Berlin genutzt. Die digitale Fachanwendung ist webbasiert und erhält regelmäßig Updates. Die Kosten hierzu sind wiederkehrend und wurden höher

angesetzt als in 2023 verausgabt, weil Kosten für unvorhergesehene Updates bzw. notwendige Anpassungen eingeplant wurden. Darüber hinaus erfolgt derzeit die Markterkundung zur Vorbereitung einer Leistungsbeschreibung für ein den aktuellen Bedarfen angepasstes Vergabefahren zur Beschaffung einer neuen Softwarelösung inklusive Wartungsupdates. Gegebenenfalls höhere Kosten wurden in diesem Zusammenhang eingeplant, aber in 2023 nicht verauslagt.

Zu Titel 51185 Teilansatz 4 - Pflege des elektronischen Zeiterfassungssystems:

Der Ansatz im Kapitel 0300 Titel 511 85 für die elektronische Zeiterfassung betrug im Haushaltsjahr 2023 15.000 €. Die Mittel werden insbesondere im laufenden Betrieb für Instandhaltungen und ggf. Reparaturen der elektronischen Zeiterfassung und der Zutrittskontrollanlage sowie für den Kauf von weiterentwickelter Soft- und Hardware vorgehalten. Die Mittel konnten nicht verausgabt werden, da es keinen entsprechenden Anlass hierzu gab.

Zu Titel 51185 Teilansatz 5 - Pflege der Adressdatenbank für das Protokoll:

Das Ende der Nutzung von Access in der IT-Infrastruktur des Hauses schaffte die Gelegenheit, seit 2015 schrittweise alle access-basierten Arbeitsprozesse innerhalb des Protokolls sowie weiterer Abteilungen der Senatskanzlei in eine zeitgemäße Softwareanwendung zu überführen. Neben den laufenden Kosten für Lizenzen entstehen regelmäßig Aufwände zu Anpassungen, die dem verbesserten Handling, der Hinzunahme und Optimierung weiterer Arbeitsschritte innerhalb eines Prozesses, der Vereinheitlichung von formalisiertem Schriftgut und erweiterter Auswertung von Daten und Nutzungsmöglichkeiten dienen, um die Aufgaben zeitgerecht erfüllen zu können. Trotz regelmäßiger Preiserhöhungen bei den Lizenzgebühren ist der bisherige Ansatz noch auskömmlich.

Die ursprünglich für Prozessanpassungen eingeplanten Stundenkontingente des IT-Dienstleisters wurden in 2023 nicht benötigt.

Zu Titel 51185 Teilansatz 6 - Pflege des Systems e-MPK:

Bei den Mitteln für das System e-MPK ist es im Jahr 2023 zu Restmitteln in Höhe von 25.050€ gekommen. Der Ansatz in Höhe von insgesamt 28.800 € wurde nicht komplett ausgeschöpft, da lediglich Kosten in Höhe von 3.750 € nach dem Länderschlüssel auf Berlin umgelegt und in Rechnung gestellt wurden. Bei den abgeflossenen Mitteln handelt es sich um die Kosten für die laufende Bereitstellung und Betreuung des e-MPK-Systems durch Hessen, wo es für alle 16 Länder entwickelt wurde. Die nicht abgeflossenen Mittel waren für eine Aktualisierung und grundlegende Überarbeitung des e-MPK-Systems mit neuen Funktionen vorgesehen. Hessen hatte entsprechende Planungen angekündigt, aber bislang noch nicht umgesetzt.

Parallel dazu wird aktuell im Länderkreis eine generelle Diskussion über eine weitergehende Digitalisierung der MPK-Prozesse geführt. Da perspektivisch mit Mehrkosten zu rechnen ist, müssen ausreichende Mittel vorgehalten werden, auch wenn Größenordnung und Zeitpunkt des Mittelabflusses nicht immer im Vorfeld exakt prognostizierbar sind.

Zu Titel 51185 Teilansatz 7 - Betrieb des landesweiten Beschäftigtenportals b-intern.de:

Seit 2016 ist das ITDZ mit dem Infrastrukturbetrieb, dem Imperia-Grundbetrieb und dem redaktionellen und technischen Support des Beschäftigtenportals b-intern beauftragt.

Vom Ansatz in Höhe von 103.000 € in 2023 wurden lediglich die monatlichen Fixkosten für den Betrieb und den Support in Höhe von 64.556 € verauslagt. In 2023 konnten keine weiteren Maßnahmen wie Pflege und Weiterentwicklungen beauftragt werden, weil zunächst die Serverumgebung vom ITDZ aktualisiert werden muss. Damit wurde das ITDZ Anfang 2023 beauftragt, die Maßnahme ist aber bis jetzt nicht abgeschlossen.

Zu Titel 51185 Teilansatz 8 - Betrieb der landesweiten E-Partizipations-Plattform:

Die E-Partizipations-Plattform mein.berlin.de bietet eine Übersicht über die informellen und formellen Beteiligungsprojekte und Vorhaben im Land Berlin. Senatsverwaltungen, Bezirksämter und nachgeordnete Einrichtungen veröffentlichen eigenständig ihre Projekte und Vorhaben, laden zur Beteiligung ein und moderieren den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Kosten umfassen die Einrichtung, Betreuung und den laufenden Betrieb sowie Weiterentwicklungen. Der Ansatz in Höhe von 344.000 € in 2023 wurde bis auf einen Rest von 800 € verausgabt.

Zu Titel 51185 Teilansatz 9 - Software Regierungsprogramm:

Für das Fachverfahren ist ein standardisiertes regelmäßiges Berichtswesen auf Ebene der Staatssekretärskonferenz etabliert worden. Die Beteiligungsprozesse mit den Beschäftigtenvertretungen des Landes sind noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Senatskanzlei geht davon aus, das Regierungsplanungstool Intraplan noch in dieser Legislaturperiode in den Regelbetrieb überführt zu haben.

Mit der Neuausrichtung des Regierungsplanungstools nach den vorgezogenen Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus konnten noch nicht alle Prozesse und Entwicklungsschritte wie geplant erprobt werden. Einige geplante Systemoptimierungen konnten daher noch nicht realisiert werden. Dies führte zu Minderausgaben in Höhe von 29.468,76 €.

Zu Titel 51185 Teilansatz 10 - Internetanschlusskosten für WLAN im Berliner Rathaus:

Neben der Funktion als Verwaltungsgebäude hat das Rote Rathaus den Status einer Veranstaltungsstätte. In dieser Funktion wird ein WLAN mit separiertem Breitbandanschluss autark von der Verwaltungsfunktion angeboten. Die pandemiebedingt veränderten Anforderungen zur Umsetzung von virtuellen Veranstaltungsformaten führte zu erwarteten höheren Kosten des Betriebs und für eine technisch notwendige Aufrüstung. Auch die Möglichkeit für eine Neuausschreibung für den geänderten Bedarf wurde in der Mittelanmeldung bereits berücksichtigt. Die Betriebskosten sind nicht wie erwartet stark gestiegen, eine Neuausschreibung erfolgte in 2023 nicht, wodurch die angesetzten Mittel in Teilen ausgegeben wurden.

Zu Titel 51185 Teilansatz 11 - Digitale Medienauswertung:

Die Senatskanzlei stellt einen kuratierten, digitalen Medienspiegel zur Verfügung, der einen Überblick über die berlinrelevante Nachrichtenlage gibt. Der Medienspiegel wird dem Senat sowie Mitarbeitenden der Senatskanzlei und anderer Senatsverwaltungen übermittelt. Er wird ebenfalls an das Berliner Abgeordnetenhaus weitergeleitet. Mit der Erstellung des digitalen Medienspiegels ist ein Dienstleister beauftragt. Das Presse- und Informationsamt der Senatskanzlei legt hierfür inhaltliche Kriterien und den genauen Empfängerkreis fest. Neben den Erstellungskosten fallen Kosten für die Lizenzierung an.

Die Mittel in Höhe von 153.000 Euro wurden aus Gründen der Kostenleistungsrechnung in den Titel 53102 verschoben und um 43.823 € verstärkt, um die Kosten zu decken.

Zu Titel 51185 Teilansatz 12 - Digitale Signage:

Geplant wurde die Ablösung der analogen Hinweise im Sinne des Wegeleitsystems, Konferenzraumbeschriftungen und Informationstafeln im Roten Rathaus. Dies war aufgrund der Rahmenbedingung - notwendige bauliche Anpassungen unter Beachtung von Denkmalschutz - in 2023 so nicht möglich.

Durch eine geänderte Priorisierung nach der Neuwahl für notwendige Dienste wurden die Mittel für Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung eines Videokonferenzdienstes verwendet.

Zu Titel 51185 Teilansatz 13 - Dienstleistungskontingent Einführung Digitale Akte:

Im Rahmen des Projektes E-Akte-Ready wurden die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der Poststelle im Roten Rathaus analysiert. Nach der Wiederholungswahl wechselte der Bereich Digitalisierung (landesweit) von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in die Senatskanzlei. Im Rahmen dieses Ressortwechsels mussten die technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Weiterführung des Projektes neu evaluiert werden. Dieser Prozess läuft, ist noch nicht abgeschlossen und wird im Jahr 2024 fortgeführt.

Die bereits geplanten Ausgaben für die technische Ausstattung im Roten Rathaus konnten aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen nicht verausgabt werden.

Zu Titel 51185 Teilansatz 14 – Digitale Service-Management-Plattform:

Im Kontext der Digitalisierung interner Verwaltungsleistungen standen die Standardisierung und Optimierung von Verwaltungsabläufen, hier insbesondere die Prozesse der Geschäftsstelle des Senats und der zentralen Informationstechnik im Roten Rathaus im Vordergrund.

Des Weiteren erfolgte die Identifikation von Optimierungspotenzialen im Bereich der internen Antragsstellung. Mit Unterstützung externer Beratungsdienstleister wurden Geschäftsprozesse u.a. zu den Themen Beantragung von Abwesenheiten und Inventarisierung von Informations- und Kommunikationstechnik analysiert und optimiert. Die Überführung dieser Prozesse in digitale Angebote für die Beschäftigten der Senatskanzlei ist in 2023 gestartet und wird fortgesetzt. Dies führte insgesamt zu Mehrausgaben in Höhe von 34.746,17 €.

Zu Titel 51185 Teilansatz 15 – e-Bundesrat:

Eine mögliche zukünftige elektronische Bundesratsakte (e-Bundesrat) ist mit der flächendeckenden Einführung einer E-Akte zu betrachten. Mögliche Anlaufkosten werden daher erst im zeitlichen Zusammenhang mit der Einführung der E-Akte entstehen. Hierfür wurden in 2023 Mittel für e-Bundesrat in Höhe von 15.000 Euro veranschlagt.

Zu Titel 51185 Teilansatz 16 – Kleinere Fachverfahren:

Der Teilansatz wird für kleinere Fachverfahren in der Senatskanzlei verwendet und nur nach Bedarf verausgabt.

Zu Titel 52536 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT

Auf Grund der verspäteten Realisierung des Projektes Versionswechsel nach SIDOK 6.4 konnten geplante Fachadministrations-Schulungen bislang noch nicht durchgeführt werden, wodurch Mittel in Höhe von 8.230 € nicht verausgabt werden konnten.

Für das Veröffentlichen von Projekten und Vorhaben auf der landesweiten E-Partizipations-Plattform mein.berlin.de werden Schulungen für Senatsverwaltungen, Bezirksämter und nachgeordnete Einrichtungen angeboten. Die Fortbildungen werden von der Betreiberin der Partizipationsplattform über die VAK durchgeführt. Vom Teilansatz in Höhe von 15.000 € in 2023 wurden nur 4.046 € verausgabt, weil die Nachfrage nach Fortbildungen in 2023 zurückhaltend war.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

- a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:
Wie dargestellt.
- b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:
Keine.

Ich bitte, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 30. August 2024

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
In Vertretung

Florian G r a f
Chef der Senatskanzlei